



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 38

7. August 2008

Bundesregierung legt UN-Bericht vor

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat die Bundesregierung jetzt dem Bundestag ihren "Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen" vorgelegt: "Es ist erfreulich, dass sich die Bundesregierung in dem Bericht ausdrücklich verpflichtet, den UN-Standort Bonn "weiter auszubauen". Aber wir müssen dafür sorgen, dass den Worten auch Taten folgen. Das Ziel, den Standort Bonn zu stärken darf nicht im Routinebetrieb des Berliner Regierungsalltages untergehen."

Der vom Auswärtigen Amt am 16. Juli dem Bundestag übermittelte Bericht befasst sich mit den Jahren 2006 und 2007. Darin wird noch einmal dargestellt, dass von den 24 UN-Sekretariaten mit Sitz in Deutschland 17 in Bonn angesiedelt sind (4 in Berlin, 2 in Hamburg und eines in Frankfurt/Main). Ausdrücklich heißt es: "Besondere Bedeutung hat hierbei die Bundestadt Bonn, wo 17 z.T. weltweit arbeitende VN-Organisationen mit mehr als 650 VN-Mitarbeitern angesiedelt sind. Die Bundesregierung strebt an, den VN-Standort Bonn mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Umwelt und Entwicklung weiter auszubauen." Der Ausbau des Alten Abgeordnetenhauses für das Weltklimasekretariat und die Eröffnung des World Conference Center werden als wesentliche weitere Standortverbesserungen genannt.

Eisel unterstrich, dass es wichtig sei, gegenüber dem Deutschen Bundestag und auch den bundesweiten Medien den UN-Standort Bonn immer wieder ins Bewusstsein zu heben. Dazu trage der Bericht der Bundesregierung bei: "Zugleich kommt es auf eine noch stärkere Präsentation der in Bonn ansässigen UN-Institutionen in Berlin an. Hier ist insbesondere die Landesregierung mit Minister Armin Laschet aktiv. Das ist besonders wichtig, weil es es auf der Berliner Bühne falsch wäre, die UN in Bonn als kommunale Angelegenheit darzustellen."